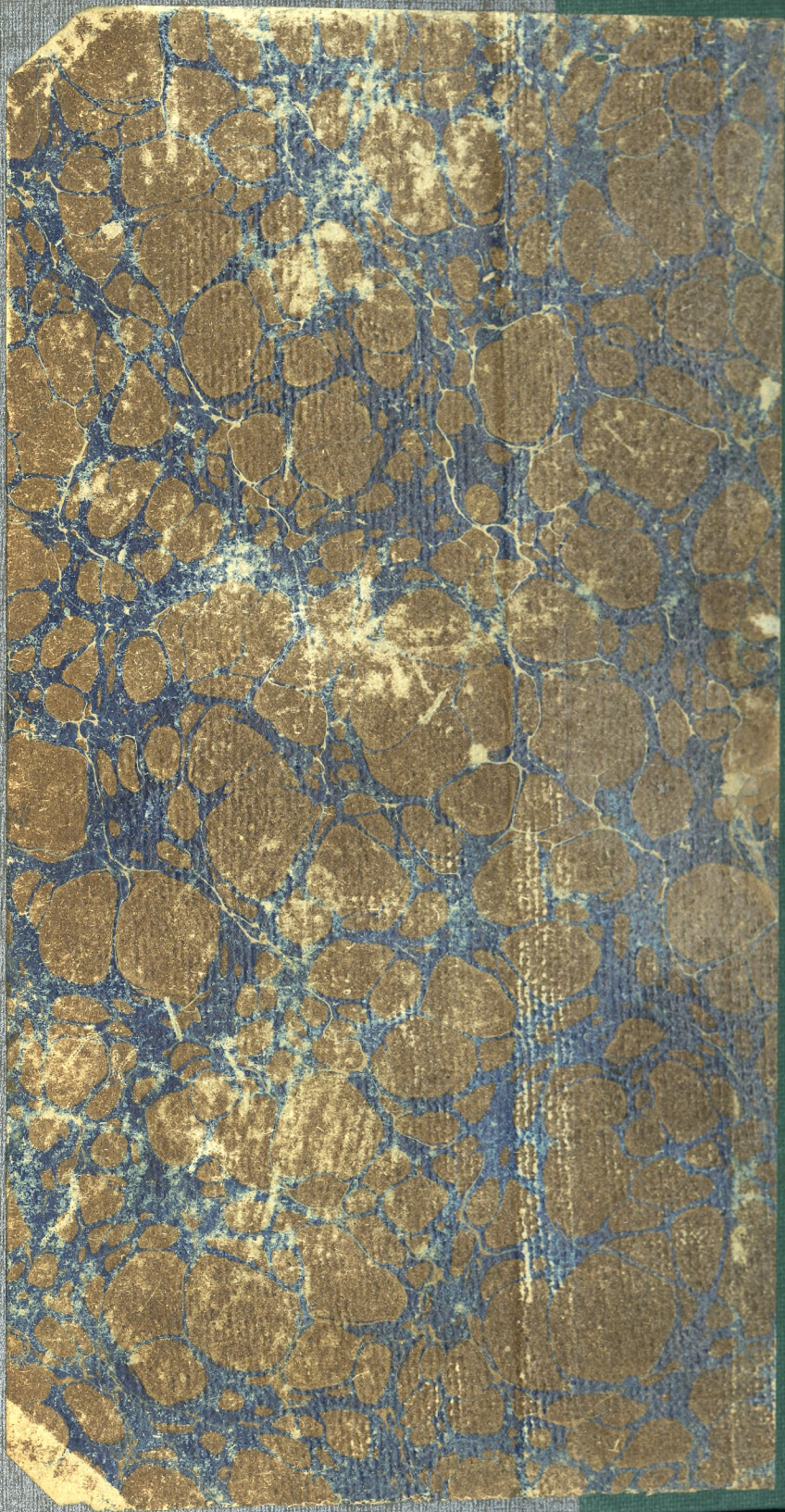




Politikaj
röpiratoh

153.

153
1362

Moriz Wahrmann

vor seinen Wählern.

Rede,

gehalten am 18. Juli 1878.

7.

Budapest.

Druck von Rhör u. Wein.
1878.

DE BALUČIČEZA

Zum viertenmal stehe ich heute vor Ihnen, geehrte Mitbürger. Ich bin wieder in Ihre Mitte gekommen, um Ihnen aufrichtigen und innigen Dank zu sagen für die Ehre, die Sie mir dadurch angedeihen ließen, daß Sie mich nunmehr bereits nahezu ein Jahrzehnt hindurch mit Ihrer Vertretung in der Legislative betrauten; wollen Sie mir gütigst gestatten, gleichzeitig mit diesem Ausdruck meines Dankes einige Worte über die Thätigkeit der eben geschlossenen Reichstags-Session, über die dermalige Lage unseres Vaterlandes und über die Aufgaben der nächsten Zukunft an Sie zu richten.

Es sind nun drei Jahre her, daß ich die Ehre hatte, Ihnen, meine geehrten Freunde, meine Anschauungen darzulegen, und schon damals habe ich auf die hohe Bedeutsamkeit des eben abgeschlossenen Reichstages, auf die große Tragweite seiner Beschlüsse und auf die Schwierigkeiten hingewiesen, mit denen derselbe zu kämpfen haben werde. Ich habe bei jener Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck gegeben, die ich damals hegte: daß die liberale Partei, welche eben zu jener Zeit durch die Fusionirung der zwei großen Parteien entstanden war und deren Konstituierung allenthalben im Lande mit Freude, mit Genußthuung, ja ich darf wohl sagen mit Begeisterung aufgenommen wurde, — daß diese Partei durch ihre Stärke, ihre Unüberwindlichkeit der Regierung bei den Verhandlungen mit der Regierung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, welche eben damals bevorstehend waren, ganz außergewöhnliche Kraft verleihen werde im Widerstande gegen die voraussichtlichen Ueberforderungen des anderen Kompaziszenten. Ich hegte den Glauben, daß die Größe dieser Partei die Regierung zugleich auch befähigen werde, für einen vernünftigen, nüchternen, billigen, die gegenseitigen Interessen nach Möglichkeit in Einklang bringenden und versöhnenden Ausgleich, den sie eventuell schließen würde, auch die Nation angesichts der extremen Elemente im Lande zu gewinnen.

Ich habe mich in der ersten Voraussetzung nicht getäuscht. Die Schwierigkeiten, welche die Unmasse von Einzelfragen, deren Totale wir mit der Bezeichnung „Ausgleichsfragen“ zu benennen pflegen, im Gefolge hatte, waren vielleicht noch bedeutender, als die pessimistischsten Staatsmänner vorhersehen konnten. Die große Tragweite und Bedeutsamkeit dieser Fragen gestaltete sich von Tag zu Tag ernster; der Einfluß, welchen ihre Lösung auf die Zukunft des Landes in finanzieller, volkswirtschaftlicher, politischer und vielleicht selbst in staatlicher Beziehung ausüben müsse, erschien unserem Urtheile schwerer und immer schwerer wiegend; die Möglichkeit, daß eine Lösung etwa nicht gelingen konnte, galt dem einen Theile für eine große Gefahr, die um jeden Preis vermieden werden müsse, während dagegen der andere Theil es im Interesse des Landes gelegen erachtete, dieselbe gerade in diesem Moment heraus zu beschwören.

Wohl aber täuschte ich mich in meiner zweiten Voraussetzung. Die im parlamentarischen Leben seltene numerische Größe der

Regierungspartei resultirte für das Ministerium bei den Verhandlungen mit der Regierung der andern Hälfte der Monarchie nicht die Kraft und Stärke, welche man sich versprochen hatte. Im Gegentheil, — heute, da die Verhandlungen geschlossen sind und gewissermaßen bereits der Geschichte angehören, kann und darf das nicht geleugnet werden, — die Größe der Partei, welche zur Regierung stand, hat die Position des Ministeriums in vieler Hinsicht sogar geschwächt und schwieriger gestaltet. Daß der Ausgleich je rascher und ohne Erschütterungen durchgeführt werde, erschien in erster Linie im Interesse des Ansehens, der Macht und der europäischen Stellung der gemeinsamen Monarchie geboten; nahezu unabweislich nothwendig, als eine Lebensfrage für die Monarchie erschien dies zumal, seitdem vorherzusehen war, daß in Folge des Wiederauftauchens der orientalischen Frage die Wahrung der höchsten Interessen der Monarchie nur der Regierung eines gesunden, kraftvollen, in sich selbst nicht in Zwiespalt zerfallenen Staates möglich sein werde; in Folge dessen nun übten alle jene Faktoren, welche vorzugsweise zur Beobachtung, Sicherung und Vertheidigung dieser gemeinsamen Interessen berufen sind, auf die Regierungen beider Staaten der Monarchie eine Pression im Interesse der je schleunigeren Beilegung der strittigen Fragen. Diese, psychologisch ganz erklärbare, aus der Sachlage resultirende und wohl niemals ganz zu vermeidende Pression mußte der Natur der Sache gemäß nachdrücklicher und wirksamer auf der Regierung desjenigen Staates lasten, welcher in ihrem Parlamente die zuverlässigere und stärkere Partei zur Verfügung stand und welche auch im Falle weitergehender Nachgiebigkeit noch immer die begründetere Aussicht hatte, ihre Vorlagen in der Legislative durchsetzen zu können. So wurde im Verlaufe der Wiener Verhandlungen der österreichischen Regierung ihre thatsächliche, oder nur vorgeschützte Schwäche im Reichsrathe zur Stärke, der ungarischen Regierung dagegen ihre nicht anzuzweifelnde starke Position in der ungarischen Legislative zur Schwäche.

Eine solche Pression wird nun allerdings überall dort erfolglos bleiben, wo Prinzipien und konstitutionelle Rechte in Frage stehen; zu deren Preisgebung kann eben eine selbstbewußte Regierung, ein selbstbewußtes Parlament durch keinerlei Pression bewogen werden; eine solche Pression wird immer wirkungslos bleiben, wenn von den großen Fragen der Freiheit, des Konstitutionalismus die Rede ist. Sie wird aber überall und jedesmal Erfolg haben, wo nur ein Plus oder Minus, eine größere oder geringere Ziffer, ein engerer oder weiterer Rahmen das Objekt der Kontroverse bilden, wo die Verhandlung — so sehr wir dieses Wort auch verhorresziren mögen — offen gesprochen, denn doch nur den Charakter des Feilschens, des Marktens an sich trägt.

Ich habe mich aber ferner auch in der Voraussetzung getauscht, daß die beispiellose numerische Stärke dieser Partei die Regierung in dem Streben kräftigen werde, die Nation gegenüber den extremen Elementen derselben für den Ausgleich zu gewinnen. Hätte die ursprüngliche Partei den Ausgleich einstimmig gutgeheißen, so würde die Regierung daraus allerdings eine bedeutende moralische Kraft schöpfen haben; denn wenn fünf Sechstheile des Abgeordnetenhauses und nahezu das ganze Oberhaus durch ihr Votum bekundet hätten, daß dasjenige, was die Regierung unter den ob-

waltenden Umständen durchgelezt hat, das non plus ultra, dessen sei, was durchzuführen möglich war, und daß dieses Resultat weder die materiellen noch die politischen Rechte des Landes beeinträchtigte — so würde die Nation die heftigen Enunziationen aller Derjenigen, welche die Regierung wahrscheinlich auch in diesem Falle der Rechtspreisgebung, des Verrathes, des Ruines der Nation schuldig geziehen hätten, als hohle Phrasen, als jeder Bedeutung bare Deklamationen betrachtet haben, denn Niemand hätte vernünftigerweise glauben können, daß Dasjenige von Nachtheil sein könne, was eine so überwiegende Majorität der Legislative acceptirte, was die Zustimmung so zahlreicher, über allen Tadel erhabener, ausgezeichneten Patrioten fand. Die riesige Anzahl Derjenigen, die das Vorgehen der Regierung gebilligt hätten, würde selbst die Annahme der Möglichkeit eines Irrthums ausgeschlossen haben: angesichts einer solchen Majorität würden die Bestrebungen der Ultras keine großen Dimensionen angenommen haben und die öffentliche Meinung wäre nach allen Richtungen hin beruhigt gewesen.

Allein, wie Sie, meine geehrten Mitbürger, wohl wissen, stand in Folge der meiner Auffassung nach kaum zu vermeiden gewesenenen ungünstigen Ergebnisse der Verhandlungen die liberale Partei in den Endstadien der Ausgleichs-Verhandlung der Regierung nicht mehr in der ursprünglichen numerischen Stärke zur Verfügung. Als die Regierung die Leitung der Angelegenheiten übernahm, beurtheilte sie die Lage günstiger, als dieselbe in der That war und nährte bezüglich der Endresultate im Lande größere Hoffnungen, als sie zu verwirklichen schließlich sich im Stande zeigte; indem sie theils die Kraft der Nation überschätzte, theils die durch unbegriffliche Politiker hocherregte öffentliche Meinung im anderen Staate der Monarchie unterschätzte, berechnete sie das Land zu Erwartungen, die zu hoch gespannt waren, als daß sie ihnen hätte entsprechen können; sie stellte, wahrscheinlich auf Grund irriger Informationen, die Möglichkeit gewisser Alternativen in Aussicht, welche sich dann, als ernstlich mit ihnen gerechnet werden sollte, als nicht bestehend erwiesen. Die successive Erkenntniß all' dieser Umstände schwächte die mächtige Partei von Tag zu Tag. Es traten vorerst Diejenigen aus ihrem Verbande aus, welche in gutem Glauben die wirthschaftliche Selbstständigkeit, trotz Allem, auch jetzt noch durchführbar wähnten; alle Diejenigen, die sich bisher in überschwenglichen Hoffnungen gewiegt hatten und nun nicht Selbstverleugnung genug besaßen, sich mit der starren Wirklichkeit zu befreunden. Es traten endlich Diejenigen aus, welche die Ursachen dessen, daß das Resultat ein unbefriedigendes blieb, nicht in der Lage, nicht in den, dormalen eben nicht zu ändernden äußeren und inneren Verhältnissen, nicht in der selbstverschuldeten momentanen finanziellen Ohnmacht der Nation, sondern einzig und allein nur in den Fehlern und Unterlassungen suchten und zu finden glaubten, welche die an der Spitze der Regierung stehenden Männer begingen. Es traten Alle aus, die der Mangel an Erkenntniß der Lage tollkühn, Alle, die das bittere Gefühl der Enttäuschung ungerecht machte. Die einzelnen Ausgleichsgeetze wurden in Folge dessen nur von einer geringen Majorität votirt und bis zum letzten Augenblicke währte der Kampf, heftig, scharf, ja zuweilen mit übermäßiger Gereiztheit; die öffentliche Meinung fand bis zur letzten Stunde keine vollkommene Beruhigung und es ist unleugbar, daß viele ausgezeichnete, ernst-

denkende, sachverständige Patrioten den Ausgleich als den Interessen des Landes nicht entsprechend betrachteten und ihr Votum gegen denselben in die Waagschale warfen.

Ich meinstheils habe zwar keinen Augenblick geäußert, daß der Ausgleich nicht befriedigend ist; ich habe keinen Augenblick gelugnet, daß wir in demselben auf verschiedene uns unzweifelhaft zuthehende Rechte und Ansprüche für die nächsten zehn Jahre zu verzichten gezwungen wurden; gleichwohl aber habe ich dem Abschlusse dieses Ausgleichs zugestimmt und mich nicht Denjenigen angeschlossen, welche bestrebt waren, die Regierung und den durch sie zur Vorlage gebrachten Ausgleich zu Falle zu bringen. Ich that dies, weil die Bitterkeit, welche auch mein Herz voll erfüllt, mich nicht ungerecht machte gegen Jene, die dritthalb Jahre hindurch wenn auch nicht immer in ganz tadelloser Weise, wenn auch nicht immer mit vollständig zu billigender Taktik, so doch mit unermüdblichem Eifer und nie ermattender Geduld diese aufregenden Verhandlungen geführt, die in diesem schweren Kampfe unter den heftigsten und ernstesten Verhältnissen ausgebarrt haben und die — ich bin davon überzeugt — die Wucht der Lage, welche sie in vielen Richtungen und wiederholt zum Zurückweichen zwang, mit nicht geringerem patriotischen Schmerze empfanden, als ich selber. Und weil meine Beurtheilung der Lage eine ruhige und nüchterne war, die mich nicht tollkühn machte, beraubte sie mich auch der Einsicht nicht, daß sich unser Vaterland in seiner heutigen Lage nur mit Behutsamkeit und Geduld jene schöne und gesicherte Zukunft erringen könne, welche wir ihm aus vollem Herzen wünschen; daß jeder überhastete, nicht gehörig überlegte und nur von der Leidenschaft eingegebene Schritt unsere Zukunft im tiefsten Grunde erschüttern und in höchstem Maße gefährden könnte.

Wäre die Frage so gestanden, daß wir zwischen zwei ersten Uebeln zu wählen gehabt hätten: zwischen jenen wirthschaftlichen und finanziellen Nachtheilen, welche wir in Folge des neuerlich geschlossenen Ausgleiches auch fernerhin tragen müssen, und jenen Schwierigkeiten, welche sich unter den heutigen Verhältnissen nothwendigerweise herausstellen müßten, wenn wir unsere wirthschaftlichen und Kreditverhältnisse a l l e i c h selbständig machen hätten können; wäre uns die Wahl freigestanden zwischen jenen Opfern, welche uns ein mit dem Schwesterstaate im Interesse des friedlichen Zusammenlebens geschlossener Ausgleich auferlegt, und jenen, welche der wirthschaftliche Kampf mit diesem Staate, der in der ersten Zeit unserer reich gewonnenen Selbständigkeit jedenfalls unvermeidlich gewesen wäre, im Gefolge haben muß, — dann wäre ich möglicherweise in meinem Entschlusse selber auch wankend geworden, dann hätte ich möglicherweise auch selber gezögert, für den moralischen und Interessenverband mit dem anderen Staate der Monarchie, obwohl ich denselben hoch halte, ein so überschwängliches Opfer zu bringen; möglicherweise hätte auch ich es gewagt, die Ruhe und die Kraft der Gegenwart für das lächelnde Bild der Zukunft aufs Spiel zu setzen. — Allein ich habe mich keinen Augenblick lang in Illusionen gewiegt. Die bezeichnete Alternative stand nicht vor uns. Weder das selbständige Zollgebiet, noch das selbständige Verzehrungssteuervergebiet mit vollkommen selbständiger Steuerpolitik, noch endlich für die selbständigen unabhängige ungarische Notenbank waren, obgleich unser Recht zu

allen diesen Dingen von Niemandem in Zweifel gezogen, sondern im Gegentheil immer wieder von neuem anerkannt und bestätigt wurde, — so fort nicht realisirbar; sie wären vielleicht, aber auch nur vielleicht, nach sehr langen, schweren und andauernden Kämpfen herzustellen gewesen. Zwischen dem Kampfe -- extra dominum -- und dem Ausgleiche stand uns die Wahl frei. Zu diesem Kampfe hielt ich nun aber Ungarn seiner dermaligen finanziellen und wirtschaftlichen Lage nach nicht für befähigt und ich mußte besorgen, daß dieser Kampf, zu so ungeeigneter und schlecht gewählter Zeit begonnen, unser Vaterland einer so ernststen Gefahr aussetzen könnte, daß dieselbe seinen staatlichen Bestand und seine Existenzfähigkeit erschüttern würde. Auch ein längeres Provisorium, welches Einige in Antrag brachten, vermochte ich für nichts Anderes zu erachten, als für eine kurze Vertagung dieses Kampfes, bei welcher überdies die Bedingungen des Waffenstillstandes unser Gegner festgestellt haben würde, — was er doch jedenfalls mehr seinem, als unserem Interesse gemäß gethan hätte.

Von verschiedenen Seiten höre ich die Bemerkung: „All das sind nur Schreckbilder, die schwächeren Naturen ins Bockshorn zu jagen. Unsere Verfassung, unsere sanctionirten Gesetze sichern uns unsere Rechte. Niemand würde uns in der Geltendmachung derselben behindern haben. Und würde es dennoch geschehen sein -- wohl! wir haben auch schon früher gekämpft; wir haben unsern Gegner die schneidige Waffe des passiven Widerstandes fühlen lassen; würden wir sie neuerdings gebraucht haben, so hätte sie uns denselben Erfolg verschafft, wie im Jahre 1867: die Waffenstreckung seitens des Feindes.“

Dies: Einwände gehen von einer zweifachen irrigen Voraussetzung aus.

Die Geltendmachung gewisser, ob auch unbestreitbarer Rechte stößt in einer konstitutionellen Monarchie immer auf Hindernisse, ohne daß deshalb von einer Verletzung des Rechtes oder der Verfassung die Rede sein könnte. In einer konstitutionellen Monarchie ist die vollständige Uebereinstimmung aller Faktoren der gesetzgebenden Gewalt die nothwendige Voraussetzung bei der Schaffung eines jeden neuen Gesetzes, bei jeder praktischen Einfügung eines bisher ruhenden, theoretischen Rechtes in den Rahmen der staatlichen Institutionen. Der Wille der Krone ist durch die bessere Einsicht des Parlamentes, der Wille des Parlamentes durch die reifere Erwägung der Krone beschränkt. Dem Parlamente steht das Recht zu, die Vorschläge der Krone, so wohl berechtigt dieselben auch immer sein mögen, zurückzuweisen, wenn es dieselben mit den Interessen des Staates, mit den Postulaten der Lage oder der Zeit nicht vereinbar findet. — Gegen die Beschlüsse des Parlamentes hinwider, so sehr dieselben auch in unanzenweifelbaren Rechten begründet sein mögen, kann die Krone jederzeit ihr Vetorecht geltend machen, wenn sie dieselben vom Gesichtspunkte der höheren Staatsinteressen nicht für durchführbar erachtet. Durch diese Schranken sind selbst in den freiesten konstitutionellen Monarchien die Krone und das Parlament normirt. In unserer konstitutionellen, dualistischen Monarchie ist die Situation eine noch enger beschränkte, als anderswo. Die Krone kann bei ihren Entscheidungen auch die Beschlüsse und den Willen des Parlamentes der andern Reichshälfte nicht gänzlich außer Acht lassen, wenn sie den Konstitu-

tionalismus nicht zu Falle bringen will; die Parlamente einander können bei ihren Beschlüssen diese heikle und eigenthümliche Position der Krone nicht gänzlich außer Acht lassen, wenn sie anders den Dualismus nicht aufheben wollen.

Aber auch das Arcanum des passiven Widerstandes wäre unter unseren dermaligen Umständen nicht mit Erfolg anwendbar gewesen. Ich will nicht untersuchen, ob in den sechziger Jahren der errungene Erfolg in der That dieser Resistenz zu danken war, oder ob derselbe nicht vielmehr ausschließlich eine Konsequenz jener politischen Ereignisse war, welche auf das Schicksal der Monarchie entscheidenden Einfluß übten und welche damals die Geister und die herrschenden Ideen vielleicht in noch höherem Maße erschütterten, als die Monarchie selbst. Ganz abgesehen davon ist unsere Lage heute von der damaligen grundverschieden. Damals lasteten die Schwierigkeiten und die Kosten der Aufrechterhaltung des Status quo bis zum Verrauschen des Kampfes auf unserem Gegner; die finanziellen und wirtschaftlichen Verlegenheiten beirrten unseren Gegner; jeder Uebelstand, der sich fühlbar machte, schwächte die Position unseres Gegners; die gegenseitigen Reibungen der Nationalitäten, die feindseligen Angriffe auswärtiger Staaten schlugen gleichfalls unserem Gegner zur Schwächung, unseren Angelegenheiten aber zum Vortheile aus. Je größere Dimensionen die Unzufriedenheit innerhalb unserer Grenzen annahm, desto mehr Aussicht hatten wir, jene Gewalt und jenes System niederzukämpfen, welche uns die Anerkennung unserer Rechte versagten. Je verwirelter die Lage wurde, desto lebhafter und sympathischer sprach sich die öffentliche Meinung Europas für uns aus. Wollten wir dagegen heute einen passiven Widerstand leisten, so würden die riesigen Kosten und Schwierigkeiten der Aufrechterhaltung der dermaligen Situation das selbständige Ungarn belasten; die unvermeidlichen finanziellen und wirtschaftlichen Wirren würden Ungarns Kredit und Ansehen zugrunde gerichtet haben; sie würden das Vertrauen des Auslandes zu unserer staatenbildenden und staatenerhaltenden Befähigung untergraben und unseren Gegner mit Schadenfreude erfüllt haben. Jeder Uebelstand, der sich im Lande fühlbar machte, würde unseren Staat schwächen und die Aspirationen der Nationalitäten, die unter solchen Umständen kühner auftreten würden, die auswärtigen Wirren, welche heute die Gesamt-Monarchie berühren könnten, würden in erster Reihe das Interesse Ungarns bedrohen. Die Unzufriedenheit im Lande würde ihre Spitze gegen uns selber kehren und Europa würde die Verantwortung für die Situation einzig und allein dem halsstarrigen Ungarn auflasten.

Unter solchen Umständen mußten wir den Ausgleich acceptiren, der zwar mit Opfern verbunden ist und unseren gerechten Forderungen zum Theil nicht entspricht, aber doch kein Recht aufgibt und trotz all seiner Mängel für die nächsten zehn Jahre eine Lage und einen modus vivendi schafft, die besser sind, als die bisherigen Zustände.

Ich betone, meine geehrten Freunde: für die nächsten zehn Jahre, weil ich es angeht, der im österreichischen Parlament aufgetauchten und hauptsächlich in der transleithanischen Presse warm propagirten Idee: daß es im Interesse der unbehinderten Aufrechterhaltung des Dualismus nöthig sei, gleich den poli-

— 11 —
wischen auch unsere wirthschaftlichen Beziehungen dauernd festzustellen, — für meine Pflicht erachte, meinen Standpunkt bestimmt zu präzisiren.

Seine oft wiederholte Aeußerung unseres unvergeßlichen Patrioten Franz Döl: der 1867er Ausgleich biete eine Basis dar, welche im Verlaufe der Zeit weiter zu entwickeln und zu verbessern ist, kann sich niemals auf den politischen Theil dieses Ausgleiches bezogen haben. Ich meinstheils wenigstens will das Band, welches uns mit den Provinzen jenseits der Leitha verbindet, nicht lockern und keine Politik verfolgen, die zum Behufe der Befriedigung wohlfeiler Eitelkeiten, hinüberkündenden Siegen zuliebe die Erschütterung der Grundlagen nach sich ziehen könnte, auf denen die Monarchie Oesterreich Ungarn fest und sicher ruht. Ich halte den Bestand einer großen und starken Monarchie auf diesem Gebiete Europas für unumgänglich nothwendig; für um so nothwendiger, je mehr und je stärkere neue Staaten-Prätendenten im heutigen Stadium der orientalischen Frage in diesem exponirtesten Theile Europas auftreten. Es ist hier kein großer Staat denkbar, der seine Existenz-Berechtigung und seine Lebenskraft in vollständig einheitlichen nationalen und religiösen Elementen finden würde. Selbst verhältnißmäßig kleinere Staaten können sich hier nicht ausschließlich auf solcher Basis bilden. Die hochgespannten Aspirationen einzelner Nationalitäten kennen sonach keine ethnographischen Grenzen und den unberechtigten, aber eben deshalb nur desto heftiger auftretenden Expansiv-Bestrebungen dieser Nationalitäten kann sonach nur ein großer, angesehen und starker Staat widerstehen, ein Staat, der nicht erst neu geschaffen werden muß, weil er bereits thatsächlich besteht und ungeachtet aller Heterogenität seiner Bestandtheile in seiner vorgeschrittenen Kultur und seinem Wohlstande, in seiner historischen Vergangenheit, in seinen Traditionen, in seinem treuen dynastischen Gefühle und in der durch den Selbst-erhaltungstrieb seiner einzelnen Theile geschaffenen Interessengemeinschaft die moralischen und materiellen Garantien seines Bestandes findet. Diesen Staat würde nach allen historischen Erfahrungen sowohl der Föderalismus, als auch der Centralismus nur schwächen und lähmen; seine Kraft zu erhalten und zu sichern vermag nur ein auf gerechter Basis ruhender, von Jedermann rückhaltlos acceptirter Dualismus.

Meiner Auffassung nach darf also schon aus diesem Grunde das politische Verhältniß nicht geschwächt werden, welches die beiden Staaten der Monarchie mit einander verbindet. Und dieses Verhältniß — immer den Dualismus als Ausgangspunkt genommen — läßt auch keine wesentlicheren Modifikationen zu, und zwar deshalb nicht, weil dieses Verhältniß, und das sehr weise, auf das Prinzip der Parität gegründete Ein auf Parität gegründeter Dualismus aber kann nur entweder ganz aufgehoben, oder — abgesehen von formellen Verbesserungen und Modifikationen — unverändert aufrechterhalten werden.

Dagegen kann das wirthschaftliche Verhältniß zwischen den beiden Staaten nicht dauernd gestaltet werden. Und das aus dem Grunde nicht, weil es weder im Jahre 1867 noch im Jahre 1878 gelungen ist, dasselbe gerechte Prinzip, welches auf wirthschaftlichem Gebiete noch gerechter ist als auf politischem: die Parität herzustellen. Insofern auf wirthschaftlichem Gebiete diese

vollkommen berechnete Basis, welche wir uns bislang in Folge der Ungunst der Lage nicht zu sichern vermochten, nicht hergestellt werden kann, dürfen unsere wirthschaftlichen Beziehungen auch nicht dauernd festgestellt werden, weil das ein unbedachter Schritt wäre. Ungarn kann es nicht für permanent erklären wollen, daß sein Kreditwesen von fremdem Einflusse abhängig sei; daß die zu befolgende Bankpolitik Andere feststellen und daß der Handels- und Gewerbestand dieses Landes für nicht genügend zuverlässig erklärt werde, die Kreditfähigkeit seiner Mitglieder nüttern und unbefangen zu beurtheilen. Ungarn kann es nicht für einen permanenten Zustand erklären, daß die Verzehrunqsteuer, welche es zahlt, theilweise ohne jede Kompensation für den Haushalt des Nachbarstaates verwendet werde und daß wir nicht in der Lage sein sollen, die große Ergiebigkeit der indirekten Steuern, welche man sich in ganz Europa immer mehr und mehr zunutze macht, zum Behufe der Regelung unseres Staatshaushaltes auszunützen. Ungarn kann es nicht für permanent erklären, daß das Aufblühen seiner landwirthschaftlichen Industrie durch einen Besteuerungsmodus unmöglich gemacht oder erschwert werde, der die Verschiedenheit des Bodens und der Produktions-Verhältnisse außer Acht läßt. Ungarn kann es nicht für permanent erklären, daß der enorme Vortheil, welchen die Einheit des Zollgebietes — welche ich übrigens wenn nur irgend möglich, aufrecht erhalten wissen möchte — den industriellen Provinzen Oesterreich-Ungarns gewährt, nicht in Anschlag gebracht, oder aber auf Grund eigenthümlicher Berechnungen als allerdings in Anschlag gebracht hingestellt werde, ohne daß jene Prämie, welche der ungarische Konsument dem österreichischen Produzenten zahlt, durch rückhaltslose Annahme des Prinzips des Freihandels oder durch ein unparteiischeres Schutzollsystem auf das geringstmögliche Maß reduziert würde.

Alle diese und noch manche andere Zustände können und dürfen nicht für permanent erklärt werden. Die Aufgabe der Politik Ungarns muß also in den nächsten Jahren die sein, einen Zustand zu schaffen, in welchem die successive Abstellung all' dieser Ungerechtigkeiten und die Geltendmachung des Prinzips der wirthschaftlichen Parität mit je mehr Erfolg angestrebt werden können.

Gegen eine solche Politik erheben schon heute geheime und offene Feinde, zweifelhafte Freunde, bequemlichkeitsliebende Politiker und die denkfaule große Masse die Einwände: die dermalige konstitutionelle Staatsform der österreichisch-ungarischen Monarchie, der Dualismus, vertrage solche von zehn zu zehn Jahren immer wiederkehrende Erschütterungen durch die Ausgleichs-Verhandlungen nicht; durch diese Erschütterungen werde das Band gelockert, welches die Völker der Monarchie zusammenhält; der fortwährende Interessenstreit ertöde in den Völkern das Gefühl der Zusammengehörigkeit und rufe Haß und Gereiztheit hervor, deren Resultat schließlich der gänzliche Ruin des Dualismus oder aber die Suspension der Verfassung sein könnte; in Folge des sich immer mehr entwickelnden Widerstreites der Interessen werden am Ende die Kompazzenten zu keinem Ausgleich mehr zu gelangen vermögen und die fortwährende Gährung werde endlich den Absolutismus, den Zentralismus, oder die Personal Union gebären.

Ich besorge all das nicht. Die Zeit des Absolutismus ist vorbei und es gibt keine Macht auf Erden, welche dessen Wiederkehr

zu ermöglichen vermöchte. Die unumschränkte Regierungsgewalt ist selbst in ihrer verlockendsten Form mit dem heutigen Stande der Gesellschaft, der Kultur, des Gewerbesleißes nicht mehr in Einklang zu bringen. Das ist ein Ausspruch, den schon vor Jahrzehnten ein konservativer, deutscher Geschichtsforscher gethan hat und den heute Jedermann unterschreibt, der die Weltlage unbefangen beurtheilt.

Der Versuch der Zentralisation hat jenseits der Leitha so ganz, und gar fehlgeschlagen, daß es heute in Wien Niemand mehr wagt, diese todte politische Idee galvanisiren zu wollen. Das haben unter Anderen auch Mitglieder des Wiener Parlaments und Organ der Wiener Presse betont, die sonst durch ihre gesammte Thätigkeit bekunden, daß sie nicht eben warme Freunde der Unabhängigkeit, Freiheit und Entwicklung Ungarns sind; heute sehen nachgerade auch sie ein, daß es nicht angehe, Ungarn in ein Reichsparlament hineinzupressen und daß dasjenige, was sich vor 1867 als unmöglich erwiesen hat, nach 67 unter gar keinen Umständen ausführbar ist. Die Nationalitäten nicht deutscher Zunge in Oesterreich sind naturgemäße Gegner jeder Zentralisation; der verfassungsfreundliche Theil der österreichischen Bevölkerung deutscher Zunge, jene große Partei, welche bei den Ausgleichs-Verhandlungen die größte Befangenheit bekundet und den energischsten Widerstand geleistet hat, würde einen Selbstmord begehen, wenn sie ein Central-Parlament ins Leben rufen wollte, in welchem das deutsche Element jederzeit und unter allen Umständen in der Minorität bleiben müßte.

Sonach käme nur mehr die *Personal-Union* in Betracht, welche in Ungarn von einer nicht so sehr großen, als vielmehr rührigen Partei als die einzige rettende Idee gepriesen wird und für die in jüngster Zeit auch jenseits der Leitha eine Parteil-Fraktion unüberlegt genug zu agitiren scheint. Ich weinstheils halte nun zwar von den verschiedenen oppositionellen Parteil-Einstellungen die staatsrechtliche Opposition für die berechtigteste; ich halte ihre Ziele für gefährlich, aber ich kann nicht leugnen, daß sie von einer verständlichen, fassbaren Idee geleitet ist. Dessenungeachtet besorge ich jedoch nicht, daß diese Idee selbst in Folge solcher Ausgleichschwierigkeiten sich verwirklichen könnte, denn was ich im Verlaufe meiner Rede von der Nothwendigkeit des Bestandes einer großen, mächtigen, starken und angesehenen Monarchie auf diesem Gebiete Europas gesagt habe, das wird von Tag zu Tag immer mehr zum politischen Glaubensartikel der Völker der Monarchie werden. Die Ereignisse, welche sich im Osten Europas theils schon vollzogen haben, theils noch vollziehen werden, werden die Völker dieser Monarchie davon überzeugen, daß nur ein auf gerechter Basis ruhendes, großes politisches Ganze ihre Kräfte, ihren Fortbestand sichern kann. Dieses große Interesse, welches sich Jedermann unabweislich aufdrängt, wird das Zergehen verstummen machen, welches bei jedem zeitweiligen, unvermeidlichen Interessentkampfe künstlich erhoben wird; es wird alle jene hochtönenden, dabei aber nichtsagenden Schlagworte verstummen machen, welche einen praktischen Werth ja ohnehin nur dann haben, wenn die Wahrheit der Gegengründe nicht mit dem gehörigen Nachdrucke verfochten wird. Der insgeheim gehegte Wunsch einer Fraktion jenseits der Leitha, durch die Macht der Verhältnisse von der Monarchie losgerissen und einer großen

Brudernation in die Arme geworfen zu werden, wird schwinden, denn sie können heute bereits mit eigenen Augen sehen, daß nicht Alles Gold ist, was glänzt: daß sich unter der glänzenden Außenseite des Nachbars im Westen schwere soziale Gefahren bergen, daß die höhere Kultur die Reaktion nicht ausschließt und daß das zu einer Zeit laut gewordene, anscheinend barock klingende Wort: „Freiheit wie in Oesterreich!“ denn doch keine bloße Phrase war.

Und die aus den Verhältnissen zu schöpfende Lehre wird endlich auch der in gewissen Kreisen sehr verbreiteten Ansicht ein Ende machen, daß die Personal-Union im Stande wäre, all jene Uebelstände zu saniren, all jenen legislatorischen Schwierigkeiten abzuwehren, mit denen die Real-Union unzweifelhaft verbunden ist. Würden denn, meine verehrten Freunde, alle jene einander widerstreitenden Interessen, welche heute in den legislativen Schwierigkeiten verursachen, im Falle der Personal-Union nicht im Privatkabinet des gemeinsamen Fürsten zusammenstoßen und dort ihre Ausgleichung suchen?

Schließlich wird aber auch Jedermann zugeben, daß zu einem wohlhabenden, starken und angesehenen Ganzen unumgänglich erforderlich ist, daß beide Theile desselben wohlhabend, stark und angesehen seien; daß die wirthschaftliche Inferiorität des einen Theiles nothwendigerweise dem Ganzen und sohin mittelbar auch dem andern Theile zum Nachtheil gereichen müsse.

Weiter wird aber auch der andere Theil der Monarchie wohl nicht bezorgen, gleichwie wir selber es ja auch nicht erwarten können, daß die wirthschaftliche Parität, selbst wenn wir sie erreichen, sofort, oder auch nur nach Jahrzehnten eine solche Umgestaltung der wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnisse resultiren werde, daß jenes natürliche Uebergewicht aufhören würde, welches höherer Wohlstand, höhere Bildung, eine nüchternere Auffassung der Lage, ein höherer Schwung des Unternehmungsgeistes, bessere Geseze und die strengere Durchführung derselben, ein größeres Maß von Bürgertugend dem einen Staate über den anderen, dem finanziellen und wirthschaftlichen Zustande des einen über jenen des anderen verleihen. Wohl aber wird diese Parität ohne die geringste Gefährdung der politischen Idee der Zusammengehörigkeit, ja im Gegentheil zur entschiedenen Kräftigung derselben die Möglichkeit aufhören machen, daß im friedlichen Wettkampfe der Staaten der eine derselben selbst bei gleicher Thatkraft und gesteigerter Thätigkeit, zu ewigem Zurückbleiben verdammt sein könne.

Bei Anstrengung dieses Zieles liegen nun die Aufgaben klar und bestimmt am Tage, welche unserer Regierung und unserer Legislaturen harren.

Es geht einerseits nicht an, sich an den errungenen Resultaten genügen zu lassen und nur innerhalb der Grenzen der Erhaltung derselben weiter thätig zu sein; und es ist wieder andererseits nicht genug, mit lautem Wehklagen zu verkünden, das Vaterland sei verloren, der Ausgleich von 1867 und 1878 mache das Aufblühen des Landes unmöglich; namentlich ist es lange nicht genügend, sich darob in Gram zu verzehren und nichts zu thun. Wir müssen vielmehr die Thatsache beherzigend, daß das Land seit 1867 trotz so vieler Mißgunst der Verhältnisse und so vieler und schwerer Fehler, die wir begangen haben, dennoch fortgeschritten ist, — die, wenn auch nur um ein Geringes gebesserte Situation dazu

benützen, daß wir für die Zukunft ähnliche Fehler vermeidend, aus unserem eigenen Schaden klug geworden, den Fortschritt in größerem Maße möglich machen.

„La Hongrie ne boude pas; elle se recueille.“ Ungarn darf nicht groffen, es muß seine Kräfte sammeln.

Vor Allem müssen wir die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte anstreben, so schwierig diese Aufgabe nunmehr auch schon sein möge. An der Vesserung unserer Finanzlage müssen wir mit dem Aufgebote aller Kräfte arbeiten; dieses Ziel müssen wir muthvoll u. d. konsequent im Auge behalten und dabei alle politische Schwärmerei, insbesondere aber die bei uns übliche falsche Scham niederkämpfen, welche gewöhnlich der besten Absicht feind sind. Wir müssen den Kredit des Landes wieder herstellen, nicht nur jenen Kredit, welcher in den Börsenkursen der Rente seinen Ausdruck findet, sondern auch jenen, den wir nahezu systematisch zugrunde gerichtet haben, so daß aller Unternehmungsgeist erstarrt, aller Besitz entwerthet wurde, jede fremde Kraft mit ihrem Kapital, ihrer Arbeit, ihren Erfahrungen von hier vertrieben wurde und das Ausland jede Geschäftsverbindung mit uns perhorreszirt.

Wir müssen uns der Sparsamkeit befeßigen. Aber nicht jener lächerlichen Sparsamkeit, welche einen armen Konzepts-Adjunkten zum Hungerleiden verurtheilt, die Reparatur einer hauffälligen Holzbrücke verweigert, oder mit Wonne den Ruin eines Unternehmers herbeiführt; sondern jener Sparsamkeit, welche die Parasiten und die üppig wuchernden Auswüchse des Staatshaushaltes schonungslos vertilgt, um Alles, was wahrhaft nothwendig ist, mit verdoppelter Kraft anbahnen, erhalten und fortentwickeln zu können.

Wir müssen den Uebelständen in der Administration, in der Rechtspflege und in der Steuergebarung abhelfen. Wir müssen brechen mit dem bei uns herrschenden „Prökätor“-Geiste und mit der Rabulistik. Wir müssen einen neuen Geist in unserem Regime heimisch machen, der geeignet ist, Vertrauen und Beruhigung zu erzeugen. Wir müssen eine selbstbewußte Wirthschafts- und Finanz-Politik treiben, die über ihre Ziele mit sich selber im Reinen ist, welche ruhig und sicher arbeitend den Keim all' jener Früchte niederlegt, die wir dann nach Jahrzehnten werden genießen können. Wir müssen eine Politik befolgen, welche nicht nur nach den Erfolgen des Augenblickes fahndet, sondern die in weiterem Gesichtskreise ausblickend die für die Zukunft berechneten Pläne zu den ihrigen macht. Wir müssen die Interessen der Industrie, des Handels, der Landwirthschaft unterstützen, aber nicht mit leeren Phrasen, nicht mit ostentativem Geklunker, welches nur der Eitelkeit und der Ambition, oder den fixen Ideen Einzelner dient, nicht durch überflüssige Ausgaben, sondern durch gehörig durchdachte, wohlwogene Institutionen und Schöpfungen, und dadurch, daß wir die Schutzzollschranken, welche wir eben nicht aufrichten können, durch andere, uns allerdings zur Verfügung stehende Mittel ersetzen.

Wir müssen Bildung im Lande verbreiten; aber nicht jene Bildung, welche vom Staate geboten und vermittelt, auch nur vom Staate ihre Verwendung und Entlohnung erwarten kann; sondern jene Bildung, welche die Selbstthätigkeit weckt und von der Regierung nichts weiter fordert, als daß sie dieser Thätigkeit Raum und

Freiheit gewähre, dagegen ihrerseits dem Staate Kraft und eine moralische Stütze verleih; jene Bildung, welche nicht ein geistiges Proletariat züchtet, sondern arbeitstüchtige Geister entwickelt.

Mit einem Worte, wir müssen den Boden vorbereiten, uns die dazu erforderlichen und dienlichen materiellen Mittel sichern, den Wohlstand allgemein machen, unsere nationale Kraft entwickeln und eine Finanzlage schaffen, welche geeignet ist, bei Gelegenheiten künftiger Verhandlungen die Wahrheit unserer Argumente wirksam zu unterstützen.

Es ist das eine schwierige, aber eine große und schöne Aufgabe; denn in ihr ist dasjenige, was ich als Mittel wünsche, schon an sich auch ein Ziel, welches die Wohlfahrt und das Glück der Nation zu sichern geeignet ist. Ob die Regierung diese Ideen aufgreifen, ob sie Selbstverleugnung, Ausdauer, Muth und Strammheit genug haben werde, sie durchzuführen, das weiß ich nicht. Ich hoffe und wünsche es. An ihrem guten Willen zu zweifeln habe ich keinen Grund.

Uebrigens ist es auch möglich, daß nicht allein der beste Wille, sondern auch Verstand, Kraft und Muth und die unerschütterliche Konsequenz selbst Schiffbruch leiden angesichts jener politischen Wendung, deren wir auf dem Gebiete der orientalischen Frage in jüngster Zeit Zeugen waren, und angesichts jener Kraftanstrengung, welche die zeitweilige Lösung dieser Frage von uns heischen kann.

Wir kennen zwar heute die Beschlüsse des Berliner Kongresses offiziell noch nicht. Was aber im Wege der öffentlichen Blätter darüber verlautet, läßt uns vermuthen, daß es der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht gelungen sei, dort die Wahrung und Sicherung ihrer Interessen zu erzielen. Wir mußten die Vergrößerung einzelner Staaten und die Bildung neuer geschehen lassen; die Gefahr, welche unserer Monarchie hieraus erwächst, erhellt zur Genüge aus dem Umstande, daß wir genöthigt sind, um sie zu paralysiren, einen Schritt zu thun, gegen den sich die öffentliche Meinung in Ungarn wie in Oesterreich, die Parlamente, die Delegationen bestimmt und energisch verwahrt haben. Wir müssen besorgen, daß die Hoffnungen und Versprechungen des Ministers des Auswärtigen nicht in Erfüllung gegangen sind; daß der europäische Areopag, dessen Zusammentritt Graf Andrassy beantragt und betrieben hat, ein Urtheil gefällt habe, welches für Oesterreich-Ungarn ungünstig lautet, gegen welches es aber keine Appellation gibt.

Die Tragweite und die Folgen dieses Rechtspruches auch nur annähernd zu beurtheilen, sind wir heute noch nicht in der Lage; ich halte mich einerseits jenen bezahlten und nicht bezahlten amtlichen, halbamtlichen und gar nicht amtlichen Panegyriken gegenüber, die in der Tagespresse des In- und des Auslandes die Politik unseres Ministers des Auswärtigen auch heute verherrlichen, und andererseits entgegen jenen strengen Kritikern, die seine Politik unnahe sichtlich verdammen und verurtheilen, — ich halte mich, sage ich, noch nicht für in der Lage, in diesem Augenblick mir ein wohl begründetes Urtheil zu bilden.

Ob die Politik des Grafen Andrassy etwa freplerisch, unbedacht oder unglücklich war? ob sie nur ein der fatummäßigen Zwangslage nachgebendes *pis aller* war? kann ich ohne die vollständige Kenntniß der Daten und Dokumente nicht beurtheilen. Ob der Vetter unserer auswärtigen Angelegenheiten seinerzeit keine Ver-

bündeten gesucht zur Aufrechthaltung des Status quo im Orient? ob er dieselben nicht rechtzeitig genug gesucht, mit genügender Energie, Aufrichtigkeit und Geschicklichkeit, oder ob er sie nicht etwa bloß dort gesucht, wo er dieselben der Natur der Sache nach durchaus nicht finden konnte, oder ob er trotz all seines Bemühens keine Verbündeten finden konnte und nur, indem er die gefährlichste Lage, die vollständige Isolirtheit vermeiden wollte, jenen Abgrund betreten, in welchem wir ihn jetzt sehen? — und diese Fragen bilden den Cardinalpunkt des Ganzen, — auf all dieses können wir solange keine Antwort geben, als wir von der Haltung Englands, Deutschlands und Italiens vor Ausbruch des russisch-türkischen Krieges und nach Abschluß des Vertrages von San Stefano nicht klare, gründliche und erschöpfende Aufklärungen erhalten.

Das auf die auswärtigen Angelegenheiten ausgeübte Kontrollrecht des Parlaments kann im konstitutionellsten Lande, selbst in England, nur retrospektiver Natur sein. Der in der Natur der Sache liegende und allgemein angenommene parlamentarische Mißbrauch, daß die Regierung auf alle die auswärtigen Angelegenheiten betreffenden Fragen die Antwort und Aufklärungen ablehnen und die Unterbreitung der verlangten Dokumente verlagern kann, wenn sie die Vorlage für unvereinbar mit den Interessen des Staates erklärt, — und es ist die Thatfache, daß gewisse Pläne der auswärtigen Politik nur unter dem Schleier des Geheimnisses durchführbar sind —, macht es unmöglich, daß das Parlament auf die auswärtige Politik auch im vorhinein einen entscheidenden Einfluß ausübe. Es kann denselben nur auf negative Weise üben, dadurch, daß es die verlangten Summen, die nothwendigen Gelder nicht votirt; dies ist aber eine so scharfe Waffe, welche nur sehr selten und in sehr günstigen Staaten anwendbar ist, dort, wo eine solche Verweigerung ausschließlich die Geltendmachung der angefochtenen Politik unmöglich macht, nicht aber zugleich die Interessen des Staates gefährdet, deren Sicherung und Bewachung unter allen Umständen die erste Aufgabe ist.

England, dieser Musterstaat des Parlamentarismus, befand sich noch vor zwei Wochen in derselben Lage, in der wir uns befinden. Die dortigen politischen Kreise, die Presse und die öffentliche Meinung behaupteten auch dort, daß die Haltung der englischen Bevollmächtigten auf dem Kongresse mit den leitenden Ideen der Birkular-Note Salisbury's im Widerspruche stehe, mit jener Politik, welche das Parlament und die öffentliche Meinung gebilligt, ebenso wie wir glauben, daß die Thaten der österreichisch-ungarischen Kongreß-Bevollmächtigten mit jenen Aeußerungen im Widerspruche stehen, welche der Minister des Aeußern und unser Minister-Präsident wiederholt gethan, im Widerspruche mit jenem Standpunkte, welchen die legislativen Körperschaften dieser Frage gegenüber eingenommen haben.

Und wie glänzend hat sich der Minister des Aeußern von England gerechtfertigt; in welch' meisterhafter Weise hat er, obzwar ohne die vorherige Zustimmung des Parlaments, auf seine eigene Verantwortung die Interessen Albions gesichert!

Auch unser Minister des Aeußern wird sein Vorgehen rechtfertigen, die Motive desselben umständlich auseinandersetzen müssen. Und die Nation wird darüber urtheilen, streng, aber gerecht, unbefangen, aber entschieden.

Wie immer auch dieses Urtheil lauten möge, aus den bisherigen Ereignissen lassen sich jedenfalls zwei Konsequenzen ziehen. Die eine ist die, daß die österreichisch-ungarische Monarchie in Folge ihrer eigenthümlichen Lage, trotz all ihrer Kraftanstrengung, nicht im Stande ist, eine vollkommen selbständige, nur österreichisch-ungarischen Interessen dienende Politik zu befolgen, daß sie vermöge ihrer Lage darauf angewiesen ist, im Bündnisse und Einverständnisse mit anderen Staaten von entscheidendem Einflusse die Sicherung ihrer eigenen Interessen zu suchen — Die andere ist die, daß auch jene großen Veränderungen, welche im Orient vor sich gegangen, uns nicht die Verpflichtung auferlegen können, die bisher gebrachten Opfer in demselben Maßstabe fortzusetzen oder noch zu erhöhen, so verlockend man auch die neuere Rolle und den Beruf dieser Monarchie erscheinen lasse, und daß auch die angeführten großen Gestaltungen die Monarchie nicht zur Annahme eines solchen Rahmens berechtigen, den ihre Kraft nicht erträgt, in welchem sie sich weder materiell, noch geistig entwickeln kann und dessen angebliche Vortheile, wie die Erfahrung lehrt, sie auch in den kritischsten Momenten nicht gehörig verwerthen kann.

Ich betrachte das soeben verfloffene erste Dezennium des wiederhergestellten Konstitutionalismus als die Periode der Lehrjahre der Nation. Das zweite Dezennium, auf dessen Schwelle wir stehen, wird die Periode der Wanderjahre der Nation bilden, die Zeit der festen und ernsten Arbeit.

Nicht wohlfeile Vorberth, nicht leichte Triumphe harren Derjenigen, die dazu berufen sein werden, in den Sälen der Legislative an der Arbeit theilzunehmen. Die Zukunft spiegelt uns nicht rosiges Hoffnungen vor. Es ist unleugbar möglich, daß das große Werk, das uns harret, trotz all' unserer Kraftanstrengung, undankbar sein wird und daß kritische Ereignisse dieses schönen Vaterland betreffen.

Ich verstehe es, wenn unter solchen Umständen mehrere unserer Besten sich verzagend zurückziehen wünschen von dem schlüpfrigen Terrain der geistigen Arbeit. Ich verstehe es, billige es aber nicht.

Der moderne Staat kennt auch eine allgemeine geistige Wehrpflicht, der sich Niemand ohne Grund entziehen darf. Niemand darf sich davon dispensiren, daß er an dem Orte, wohin ihn das Vertrauen seiner Mitbürger stellt, seine Pflicht tren, gewissenhaft und eifrig erfülle.

Beurtheilen Sie, meine geehrten Freunde, streng, ob ich meinerseits jene Pflichten erfüllt habe, welche Ihr Vertrauen während dieser neun Jahre mir übertragen. Ich sehe diesem Urtheil mit Seelenruhe entgegen.

Wird die Antwort bejahend sein, so wird dies den schönsten Lohn für mein Bemühen bilden. Einen andern Lohn habe ich nicht erwartet, nicht gesucht. Wenn nach der Ertheilung der bejahenden Antwort mich Ihr neuerliches Vertrauen wieder auf jenen ausgewählten Posten stellt, so werde ich dort auch fürderhin Derjenige sein, der ich bisher war. Meine Schritte wird auch hernach unverändert Das leiten, was sie bisher geleitet hat: das Pflichtgefühl, welches mich gelehrt hat, was ich Ihnen, meine geehrten Auftraggeber, schulde; die Vaterlandsliebe, welche mich gelehrt, was ich meinem Vaterlande schulde, welches nach den Worten des Dichters: leben wird, weil es leben muß!

